

Besuchsbedingungen und Anzeigenspreise
sind in der Morgenausgabe angegeben.
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Zentraldruck: Dönhoff 232-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Dönhoffstr. 3-5 Uhr

Verleger: Dornberg-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Zentraldruck: Dönhoff 2306-2307

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Militärkontrolle und Kronprinzenrückkehr.

Amtliche englische Erklärung.

London, 17. November. (M.) Ähnlich wird gemeldet: Die Botschafterkonferenz tritt morgen in Paris zu einer neuen Sitzung zusammen, um ihre Diskussion über die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland und über die Weigerung Deutschlands, die Sicherheit der Interalliierten Militärkontrollkommission während ihrer Inspektionsarbeit zu gewährleisten, wieder aufzunehmen.

Seit dem Beginn der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien sind die Arbeiten der Kommissionen soweit wie möglich für alle Verbündeten nur von englischen und italienischen Offizieren ausgeführt worden. Frankreich hat seine Verbündeten ersucht, wegen der Weigerung der deutschen Regierung, die Sicherheit der alliierten Offiziere nach der vollen Wiederaufnahme der Kontrolltätigkeit zu garantieren, neue Strafmaßnahmen zu verfügen. Während die englische Regierung durchaus anerkennt, daß die deutsche Zentralregierung

nicht überall Herr im ganzen Reich ist und die Notwendigkeit zugeibt, diese Tatsache mit in Rechnung zu stellen, so ist doch kein Grund vorhanden, zu denken, die englische Ansicht über die

lebenswichtige Bedeutung der Militärkontrolle in Deutschland habe sich irgendwie geändert oder gar abgeschwächt. Obwohl die englische Regierung anerkennt, daß Deutschland durch verschiedene Ursachen in einem

besorgniserregenden inneren Zustand getrieben worden ist, hält sie trotzdem selbst im gegenwärtigen Augenblick irgendeine Form von

Kontrolle für durchaus angebracht, und die volle Kontrolltätigkeit muß nach englischer Ansicht sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. Der Verdacht, daß die deutschen Militärs ihre Aktivität vermindern werden, wächst immer mehr, während die alliierte Aufficht nur unvollständig ist, so daß es offensichtlich im deutschen sowohl wie im Interesse der Alliierten liegt, daß wieder ruhige Verhältnisse eintreten, und eine gleichmäßige Kontrolle ausgedehnt wird.

Auch die Nachrichten, nach denen die englische Regierung mit Bezug auf die Rückkehr des deutschen Kronprinzen nicht dieselbe drastische Politik einschlagen will wie die französische, berechtigen nicht zu der Auffassung, als habe sich an der Ansicht der englischen Regierung etwas geändert, wonach die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland als

äußerst unzeitgemäß betrachtet und Deutschland die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen übertragen werden muß.

London, 17. November. (M.B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, glaubt man nicht, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich in der Frage der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland und der Wiederaufnahme der alliierten Militärkontrolle in Deutschland vollkommen unüberwindlich sind. Man hofft, daß, nachdem die Botschafter mit ihren Regierungen beraten haben werden, es möglich sein wird, ein Übereinkommen zu erzielen. Die Lage sei jedoch zweifellos schwierig. Aus der Tatsache, daß Großbritannien die Besetzung des Ruhrgebiets nicht billigt, könnte geschlossen werden, daß es noch immer die Ansicht vertritt, daß weitere territoriale Besetzungen deutschen Gebiets als Sanktionen nicht wünschenswert sind. Bezüglich der allgemeinen Haltung Großbritanniens könne folgendes angenommen werden: Die britische Regierung wünscht, während sie der Ansicht ist, daß die deutsche Aktion mit Bezug auf den vormaligen deutschen Kronprinzen und die Kontrollkommission einen Protest erfordert, nicht einen Marsch der Heiligen in den vormaligen Kronprinzen zu legen und dadurch seine Fähigkeit, Schwierigkeiten hervorzurufen, zu vermehren oder überreizt eine Aktion zu unternehmen, die die in Deutschland bestehende Verwirrung steigern würde. Die Notwendigkeit für sorgfältig erwogene und womöglich gemeinsame Maßnahmen wird in London jedoch vollkommen anerkannt.

Präsident Coolidge gegen die Hohenzollern.
Washington, 17. November. (Reuter.) Präsident Coolidge glaubt, das amerikanische Volk werde mit jedem Schritt der Alliierten zur Verhinderung einer Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie Sympathie haben, wenn auch die amerikanische Regierung selbst in Übereinstimmung mit einer seit langem bestehenden Tradition in dieser Angelegenheit nicht eingreifen könne.

Jedenfalls hat Poincaré mit Hilfe der deutschen Reaktion und des Kronprinzen seinen Zweck vollkommen erreicht: eine Ablenkung von der Reparationsfrage, die für ihn brenzlich geworden ist, durch eine Offensive in der Frage der Militärkontrolle und der Kronprinzenrückkehr.

Wilhelm contra Friedrich-Wilhelm.
Amsterdam, 17. November. (M.B.) Die Wälder veröffentlichen eine vom vormaligen Kaiser abgegebene Erklärung, in der es heißt, die Rückkehr des vormaligen Kron-

prinzen nach Deutschland sei ohne sein Vorwissen erfolgt. Der Abschiedsbrief des Kronprinzen sei eingetroffen, als dieser bereits die Grenze passiert hätte. Wenn der Kronprinz ihn vorher gefragt hätte, so hätte er Einwendungen gegen die Abreise erhoben in einem Augenblick, wo Deutschland durch innere Zwietracht zerrissen sei. Weiter wird in der Erklärung dementiert, daß der vormalige Kaiser mit einer Bewegung in Verbindung stehe, die die Wiederherstellung der Monarchie bezwecke, daß eine drohende Situation bestehe und daß eine Anzahl Pässe in Doorn eingetroffen seien.

Daß Wilhelm von Doorn durch eine solche Erklärung den Anschein erwecken kann, daß er vernünftiger als sein Sprößling geworden sei, ist für den Jüngeren nicht gerade angenehm, ist aber eine Angelegenheit, die die „hohen“ Herrschaften unter sich abmachen sollen. Daß er aber Gelegenheit erhält, sich sogar als vernünftiger als die gegenwärtige Reichsregierung hinzustellen, ist für Herrn Dr. Stresemann sehr schlimm. Schade nur, daß alle diese Vermutungen zehn Jahre zu spät in Erscheinung tritt.

Eine deutsche Erklärung.

W.B. teilt mit:
Marschall Foch hat in der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz behauptet, die Bestände der Reichsmehr seien größer als der Vertrag von Versailles erlaube; die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition sei seit Monaten in verstärktem Maße betrieben worden; Stinnes habe sogar Spezialisten in der Fabrikation von Munition und Sprengstoff unter seinen Arbeitern aus dem Ruhrgebiet nach dem unbesetzten Deutschland geschickt; auch Rußland habe in Übereinstimmung mit dem Reich Kriegsmaterial und Munition für Deutschland hergestellt. General Foch erklärt zwar, daß diese angeblichen Vorkehrungen zunächst nur getroffen seien, um im Innern des Reiches Ordnung zu schaffen, da ein Krieg Deutschlands gegen Frankreich im Augenblick unmöglich sei; er meint aber, die Sorge für die Zukunft mache es notwendig, die Überwachung der „deutschen Rüstungen“ sofort wieder zu beginnen und mit aller Energie durchzuführen.

Hierzu wird dem W.B. von maßgebender Seite mitgeteilt:
Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um eine Stimmungsmache handelt, d. h. um den Versuch, die Vertreter der Alliierten bei der Botschafterkonferenz zu bewegen, sich bei den Regierungen für eine den Intentionen Frankreichs entsprechende Abänderung ihrer Instruktionen einzusetzen.

Die Äußerungen des Marschalls Foch sind bezüglich der Heranziehung von Stinnes-Arbeitern und Rußlands für die Herstellung von Munition und Sprengstoff Phantasien, im übrigen lediglich eine Wiederholung von Behauptungen, die gerade in jüngster Zeit mehrfach von amtlicher deutscher Seite widerlegt worden sind. Immerhin sei noch einmal festgesetzt, daß die Reichswehr nicht einmal die im Vertrag von Versailles vorgesehene Stärke von 100 000 Mann erreicht, daß außer ihr zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern alles in allem noch etwa 150 000 Mann Schutzpolizei (einschließlich der zivilen Polizeibeamten) in Deutschland vorhanden sind, und daß die gegenwärtig in Deutschland vorhandene Munition, wie auch der Vorrat, bekannt sein dürfte, nur für die Deckung des dringendsten Bedarfs ausreicht.

Daß die Reichsregierung eifrig bestrebt ist, illegale Verbände militärischen Charakters, die sich da und dort bilden, zu beseitigen, hat sie wiederholt durch ihr Vorgehen bewiesen. Im übrigen liegt es gerade an der französischen Politik, wenn sich solche illegalen Verbände zu bilden suchen. Ist es doch Frankreich, das jeder deutschen Regierung durch seinen unaufhörlichen Druck es unmöglich macht, die Lebensinteressen des Volkes wirksam zu wahren, wodurch in weiten Kreisen der Bevölkerung der Eindruck hervorgerufen wird, als nehme sich die deutsche Regierung der nationalen Interessen nicht hinreichend an, als bedürfe es vielmehr besonderer, von der Regierung unabhängiger und zum Teil mit ihr in Widerspruch stehender Organisationen.

Unbeschadet unserer Ansicht über die Zweckmäßigkeit, den Wert und die Berechtigung einer interalliierten Militärkontrolle und ohne auf die einzelnen Punkte dieser W.B.-Erklärung einzugehen, müssen wir feststellen, daß die Behauptung,

Devisen unverändert.

Da an den gestrigen Auslandsbörsen die Mark nur ganz geringfügigen Schwankungen unterlag, bereitete es der Reichsbank heute keine besonderen Schwierigkeiten, die Devisenkurse unverändert zu den gestrigen Sätzen zu notieren. Es wurden auf Devisen 1 Proz. und auf Renten 1/2 Proz. zugeteilt. Der Bedarf war ungefähr der gleiche wie gestern. Außerordentlich starke Nachfrage herrschte nach Dollarscheinen und Goldanleihe. Die Orders konnten infolge des allgemeinen Ansturses von Wäskern gar nicht angenommen werden. Beide Anleihen blieben gestrichen. Die Anspannung des Geldmarktes dauert an. An einzelnen Stellen war zu verhältnismäßig niedrigen Sätzen Geld zu erhalten, doch glaubt man, daß im allgemeinen der Markt in der kommenden Woche sehr knapp bleiben wird. Unter diesen Umständen bleibt auch die Tendenz für Effekten ziemlich unsicher. Umsätze finden kaum statt.

die Reichsregierung sei „eifrig bestrebt“, allen illegalen Organisationen entgegenzutreten, den Tatsachen widerspricht. Für die Zeit der Regierung Cuno gilt diese Behauptung überhaupt nicht. Der Kampf gegen illegale Organisationen ist ausschließlich von einzelnen republikanisch gesinnten Länderregierungen geführt worden und von der damaligen Reichsregierung vielleicht mit Worten, nicht aber mit Taten gefördert worden. Als die Sozialdemokratie bei der Bildung der Großen Koalition jenen Kampf gegen die illegalen Organisationen als besonderen Programmpunkt aufstellte, wurde dem von den bürgerlichen Parteien zwar zugestimmt, aber gewisse Reichsbehörden haben die Erfüllung ihres Versprechens erschwert oder gar verhindert. Die absolute Passivität des Reichskabinetts gegenüber Bayern bedeutet die schärfste Widerlegung jener Behauptung der obigen Erklärung. Daron ist auch die Große Koalition letzten Endes gescheitert, und die seitherige Haltung des Kabinetts Stresemann gegenüber Bayern läßt es geradezu unverständlich erscheinen, wenn von amtlicher Seite heute noch von einem „eifrigen Bestreben“ gegenüber illegalen bewaffneten Organisationen gesprochen wird. Siehe München und siehe Coburg. Das weiß die ganze Welt, und deshalb dient man durch solche Behauptungen nicht der Sache.

Richtlinien der italienischen Politik.

Mussolini gegen Poincaré.

Rom, 16. November. Ministerpräsident Mussolini erklärte heute in einer längeren Rede im Senat, die italienische Regierung würde eine weitere Besetzung deutschen Gebiets nicht billigen können. (Sehr lebhafter Beifall.) Man müsse den Mut haben, zu sagen, daß das deutsche Volk noch am Leben sei; 61 Millionen Einwohner lebten sich auf dem Gebiet Deutschlands und weitere Millionen in Österreich und anderen Ländern, und man könne und dürfe nicht daran denken, dieses Volk zu vernichten. (Beifall und Händeklatschen.) Mussolini fuhr fort: Es ist ein Volk, welches seine Zivilisation hatte und das morgen vielleicht noch einen wichtigen Teil der europäischen Zivilisation bilden wird. Welches sind heute die Richtlinien der italienischen Regierung? Es sind die folgenden und sie scheinen mir klar genug zu sein:

1. Herabsetzung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Ziffer und infolgedessen entsprechende Herabsetzung der interalliierten Schulden;
2. ein genügend langes Moratorium für Deutschland außer für die Reparationen in natura;
3. Ergreifung von Pfändern und Garantien (die deutsche Regierung ist, fügt der Redner hinzu, geneigt, sie zu geben);
4. Räumung des Ruhrgebiets nach Erlangung der Pfänder und Garantien;
5. keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, aber moralische und politische Unterstützung einer Regierung, welche die Ordnung im Reich wiederherstellt und Deutschland zur finanziellen Gesundung führt;
6. keine Veränderung territorialer Art.

Wie vor einem Jahr, so ist Italien noch heute bereit, in dieser Richtung vorzugehen und sich allen in diesem Sinne gemachten Versuchen anzuschließen. Außerhalb dieses Weges wird die Lage mit ihren Folgen von Unordnung und Elend chronisch werden. Die Lösung des Reparationsproblems, die ich die italienische nennen möchte, liegt auf der Linie des Ausgleichs der entgegengesetzten Interessen und entspricht auch dem höheren Interesse der Weltöffentlichkeit. (Sehr lebhafter Beifall.)

Poincarés Eigensinn.

Er gibt nicht auf seinen Berliner Botschafter.

Die Straßburger „Freie Presse“ veröffentlicht folgende Informationen ihres Pariser Mitarbeiters:
Als vor einigen Wochen eine sozialistische parlamentarische Delegation den Herrn Ministerpräsidenten Raymond Poincaré aufsuchte, um ihn auf die gefährliche Entwicklung der innerdeutschen Angelegenheiten, die drohende reaktionäre Gefahr und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, Deutschland gegenüber eine Politik zu betreiben, die das Volk nicht in die Verzweiflung und damit in die Arme der verwandtesten Nationalisten hineindränge, glaubte der französische Regierungschef ungefähr folgendes antworten zu dürfen:

„Ich habe dem, was Sie mir vortrugen, meine Herren, sehr aufmerksam zugehört. Ich weiß die Gründe, die Sie dabei bewegen, zu schätzen. Aber wenn nun dieser Chaos-Rummel, wie wir ihn in Deutschland sehen, nichts weiter als Bluff wäre, als ein schwindelhaftes Getöse, um auf uns einen Druck auszuüben und uns dadurch zur Nachgiebigkeit zu bewegen?“
Zwar hatte selbst der französische Botschafter in Berlin, Herr de Wargerie, zwar hatte auch der Vorsitzende der Berliner Kommission des interalliierten Garantienkomitees, der Franzose Professor Haguenin, den Qual d'Orsay wissen lassen, daß es sich keineswegs um künstliche Wachen handeln handle, sondern um ein sehr ernst zu nehmendes Ausbrausen der nationalistischen Welle und um eine wirkliche Bedrohung der republikanischen Konstitution. Aber Herr Poincaré, von tiefstem Mißtrauen erfüllt, hörte selbst auf seine engsten Ratgeber nicht. Wie sollte er da den sozialistischen Mahnungen Gehör schenken?

Der soziale Fuchs.

Französische Antwort an die deutschen Industriellen.

Nach einer Meldung der Expres-Korrespondenz aus Düsseldorf lassen die dortigen Besatzungsbehörden offiziell verlauten:

Die Besatzungsbehörden teilen durch einen Anschlag mit, daß sie keinen der Erlasse anerkennen, die das Reichstabinett Cuno für die besetzten Gebiete erlassen habe, und daß sie nicht dulden werden, daß die Arbeitgeber irgendeine die deutschen sozialen Gesetze von vor dem 1. Januar 1923 verletzen.

Diese Mitteilung der Besatzungsbehörden bedeutet für die Schwerindustriellen an Rhein und Ruhr eine moralische Züchtigung. Sie, die eben erst dem Arbeitsamt in Dortmund mitteilen ließen, daß sie weder Achtstundentag noch sonstige sozialpolitische Einrichtungen des Reiches noch respektieren wollen, müssen sich von der Behörde der widerrechtlichen Besatzung sagen lassen, was deutsche Arbeitgeber dem deutschen Staat und der deutschen Arbeiterschaft schuldig sind. Wenn die Besatzungsbehörde gefordert hätte, was die deutschen Industriellen aus eigenem „verfügen“, so würde ein Schrei der Entrüstung durch das ganze Land gegangen sein. So aber handeln die Kapitalgewaltigen eigenmächtig und geben der fremden Besatzungsbehörde Anlaß, sich als die Hüterin der deutschen sozialen Gesetze aufzuspielen!

Sollte den deutschen Kapitalisten nicht die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn sie die Mitteilung des Degoutte-Kommandos lesen? Sollten sie sich nicht erinnern, daß noch vor wenig Jahren die Stinnes und Gefährten geradezu gebettelt haben um deutsche Arbeiter, die ins Ruhrgebiet gezogen wurden, um die Produktion zu erhöhen. Haben die Industriellen nicht Staatsgelder in riesigem Ausmaß genommen, um Wohnungen für die neu hinzugekommenen Arbeitskräfte zu bauen? Leider immer noch nicht genug Wohnungen, aber doch in ansehnlicher Zahl? Jetzt plötzlich erklären sie, daß 30 Proz. Arbeitskräfte zuviel vorhanden seien und deshalb „abgeschoben“ werden müßten! Und deshalb geben sie dem General Degoutte die Möglichkeit, sich als den Beschützer deutscher Arbeitskräfte auszugeben.

Welche Wirkung diese Tatsache auf die Bevölkerung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets auslösen muß, kann man sich denken. Die Separatisten werden sich ins Fräustchen lachen, weil die deutschen Industriellen ihnen das Material für ihre Propaganda liefern. Dabei wird natürlich zu leicht vergessen, daß die Besatzungsbehörde am wenigsten Anlaß hat, sich als sozialpolitischer Schutzhengel hinzustellen. Weder im besetzten noch im unbesetzten Deutschland wird man vergessen, wie diese Besatzungsbehörde die deutschen Beamten von Eisenbahn und Post, wie sie die deutschen Arbeiter drangaliert und mißhandelt hat. Man wird auch daran denken, daß die Rechte der Arbeiter in Frankreich noch viel rückständiger sind, als bisher im neuen Deutschland.

Die Erklärung des Generals Degoutte oder seiner Behörde ist nichts anderes als ein demagogischer Kniff, um sich bei den Rheinländern und den Ruhrarbeitern als Helfer gegen die deutschen Kapitalisten anzubiedern. Aber daß dieser Kniff überhaupt angewandt werden könnte, ist den Staatsstreichgelüsten der deutschen Schwerindustriellen zu danken. Und das ist ein Denkmal der Schande für das ganze deutsche Volk!

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Gegen Preisgabe der besetzten Gebiete.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben sich am Freitag eingehend mit der Entwicklung im besetzten Gebiet befaßt und bekunden ihre Stellungnahme wie folgt:

Nach Aufgabe des passiven Widerstandes ist es nicht gelungen, die Widerstände gegen die Inangriffnahme der Wirtschaft im besetzten Gebiet zu überwinden. Die dadurch hervorgerufene Not erfordert größte Hilfsbereitschaft des Reiches. Unbeschadet dieser Not haben die Wirtschaftskreise Ründigungen und Entlassungen in

einem Ausmaße vorgenommen, das in den wirtschaftlichen Verhältnissen keine Begründung findet.

Der Entschluß der Reichsregierung, der dadurch gesteigerten Zahl der Arbeitslosen die Erwerbslosenunterstützung von einem bestimmten Zeitpunkt ab zu entziehen, muß die davon Betroffenen in grenzenloses Elend stürzen.

Die Gewerkschaften können die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht übernehmen, da es nach ihrer Überzeugung unmöglich ist, die erforderlichen Mittel durch eine angemessene Beschäftigung aufzubringen. Ehe daher die letzte Entscheidung getroffen wird, fordern wir von der Reichsregierung, daß sie in- und außerpolitisch alle Mittel anwendet, um die besetzten Gebiete und ihre deutsche Bevölkerung dem Deutschen Reich zu erhalten.

Die Gewerkschaften fordern Selbstverständliches. Leider kann man zu der Reichsregierung trotz gegenteiliger Erklärungen nicht mehr das volle Vertrauen haben, daß sie die Einheit und Unverletzlichkeit des Reiches allen anderen Bedenken voranstellt.

Stellungnahme der Gewerkschaften.

Eine Konferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes für Rheinland und Westfalen am 15. November beschäftigte sich mit der Arbeitslosigkeit im Bezirk, den Massenentlassungen der Bergbauarbeiter und Angestellten und den Bestrebungen der Unternehmer, den Achtstundentag zu beseitigen. In der eingehenden und sachlichen Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß den Unternehmern ein Vorwurf daraus gemacht werden müsse, daß sie in den langen Wochen nach Aufgabe des passiven Widerstandes die Produktion noch nicht haben wieder in Gang bringen können. Das liege teilweise an dem Widerstand der Unternehmer, die glauben, daß die gegenwärtige außerordentlich große Not dazu benötigt werden kann, um das alte Herrschaftsverhältnis aus der Vorkriegszeit in den Betrieben wieder einzuführen.

Die Reichsregierung wurde aufgefordert, diesen Widerstand der Unternehmer bei der Wiedereingliederung der Betriebe dadurch zu brechen, daß die Betriebe vom Reich in eigene Regie übernommen werden. Als Betriebsmittel für die eigene Regieführung sollen die Zuwendungen aus Reichsmitteln an die meuterten Generale und Truppen in Bayern genommen werden. Außerdem sollten die Gehaltszahlungen an die gegenrevolutionären Beamten in Bayern eingestellt und diese Mittel den Betrieben zugesetzt werden. Aus diesen Mitteln sollen weiter die Erwerbslosen unterstützt werden.

Die Gewerkschaften wurde verlangt, daß sie gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken, selbst die notwendigen Vorbereitungen für die Übernahme der Betriebe in eigene Regie zu treffen. Die Konferenz legte einen Ausschuß ein, der diese Fragen weiter klären und auch eventuelle Verhandlungen führen soll mit den Besatzungsbehörden, ähnlich wie sie von Industriellen des Ruhrgebiets geführt worden sind.

Deutsche Note an Frankreich.

Wolffs Bureau veröffentlicht den Inhalt der Note, die vor kurzem der französischen Regierung wegen der Unterstützung der Separatisten durch die französischen Besatzungsbehörden übergeben worden ist. Es heißt in dieser Note:

Die Deutsche Regierung hat wiederholt sowohl durch den unterzeichneten Gesandten gegenüber dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten als durch den Leiter des Deutschen Auswärtigen Amtes gegenüber dem französischen Herrn Botschafter in Berlin die Aufrichtigkeit der französischen Regierung auf die Art und Weise gelenkt, in der die französischen Besatzungstruppen und -behörden im Rheinland das Vorgehen der sogenannten Sonderbündler ermutigen und begünstigen, während die deutschen Behörden bei der Abwehr von ihnen behindert werden. Nachdem nunmehr die Deutsche Regierung in den Besitz umfassenderen Materials gelangt ist, sieht sie sich genötigt, auf die Angelegenheit zurückzukommen und die ganzen Vorgänge in ihrem zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang zu erörtern.

Nach einer eingehenden Darstellung des Treibens der Sonderbündler und ihrer Begünstigung durch die französischen Besatzungsbehörden heißt es da zum Schluß:

Nachkommen ebenfalls immergrün bleiben. Durch starke elektrische Lichtreize ist es ferner gelungen, einen ganz neuen „Schimmelpilz“ zu erzeugen: eine sehr lichtempfindliche Schimmelpilzart wurde in der Weise bestrahlt, daß man die Lichtquelle zuerst nahe, dann immer entfernter von dem Pilzrasen andrachte. Die Pilzfäden wuchsen nun derart in die Länge, daß der ursprünglich etwa 1 Millimeter lange Pilzrasen schließlich zentimeterlang wurde, und die neue Länge der Pilzfäden erwies sich sogar als erblich.

Fast schwieriger noch als Form- und Farbenveränderungen sind Instinktsveränderungen durch äußere Einflüsse zu erzielen. Dennoch sind auch auf diesem Gebiete sehr interessante Erscheinungen zutage gefördert worden. Der geflügelte Feuerlöschmännchen, der normalerweise klementragende Vorden zur Welt bringt, deren weitere Entwicklung im Wasser verläuft, gebärt, wenn man ihm das Wasser entzieht, an Stelle der Larven ganz wohl ausgebildete kleine Salamander. Und die entgegengesetzte Instinktsveränderung kann man beim Alpenfalschmännchen erzeugen, der unter normalen Lebensbedingungen fertig entwickelte Junge ablegt; stellt man den Tieren reichlich Wasser zur Verfügung, so bringen sie klementragende — also ganz unentwickelte Junge — zur Welt, die sich erst nach längerem Aufenthalt im Wasser zu Salamandern entwickeln. So vermag der Mensch tatsächlich einschneidend ins Naturleben einzugreifen.

Neueinstudierung der „Nora“.

Als es dem Deutschen Theater „Nora“ endgültig die Tür hinter ihrem Puppenheim zugeworfen hatte und der Vorhang niedergegangen war, da kam im Augenblick eine sonderbare Stimmung vor der Bühne auf. Man war gewillt zu klatschen und wagte sich nicht damit heraus. Sekundenlang peinliche Stille, endlich war die Hemmung überwunden, und der Beifall, zuerst zaghaft, dann stärker, legte ein. Robert rührt dies Gefühl des Anbetrachtens, mehr noch der Betretendheit, am Ende der Ibsen'schen Ehegattin, die nach vor vielen Jahren unsere Seelen aufgewühlt hat? Wir wissen nicht, sind unsere Sorgen so groß, daß wir für die unverständliche Frau, die auf das Wunderbare wartet, nichts mehr übrig haben, oder fehlt dem Stück das Allgemeingültige, das es über Zeit und Alltag erhaben macht? Oder anders gefragt: Liegt es an uns oder an Ibsen, daß unser Inneres nicht mehr mitleidet?

Die Frage wollen wir offen lassen. Nur soviel sei gesagt, die gestrige Neueinstudierung beantwortete sie zu Ibsen's Ungunsten. Das war keine kindliche, blind auf ihren Namen vertrauende Nora, die da auf der Bühne hantierte, es war eine kindliche, sträglich weisende Schauspielersfigur, der es ganz recht gefiel, wenn sie aus ihrer literarischen Romanität schnöde in die rauhe Wirklichkeit gerissen wird. Käthe Dorsch, die die Nora verkörperte, war nicht daran schuld. Sie ist eine talentvolle Schauspielerin, bei der jede Bewegung, jeder Blick, jede Miene und jede Nuancierung der Stimme wohl durchdacht erscheint. Dagegen verstierte der Ehegatte des Erich Pabst das Stückchen Leben, das die Dorsch schuf, zu über Literatur. Der Adokat Hellmer konnte so schön das Urbild des speisepfeifenden Bedanten sein, des kindlichen Bourgeois, wie

Die deutsche Regierung will in diesem Zusammenhang nicht auf die Frage grundsätzlicher Natur bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Völker eingehen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß es sich hier nicht um Äußerungen des Volkswillens, sondern um das Auftreten einzelner bewaffneter Haufen von minderwertigen Elementen handelt, deren teilweiser Erfolg nur darauf zurückzuführen ist, daß die Besatzungsbehörden ihre vertraglichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen gänzlich verletzt haben. Der wahre Wille der rheinischen Bevölkerung geht vielmehr trotz schärfster Unterdrückung, wie für jeden unparteiischen Beobachter offen zutage tritt, dahin, unerschütterlich an der staatlichen Gemeinschaft mit ihren Stammesbrüdern festzuhalten.

Die deutsche Regierung erwartet daher von der französischen Regierung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben wird, die rechtmäßigen und vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere den aufrührerischen Elementen die Waffen wieder abzunehmen und die deutsche Polizei künftig nicht mehr in der Ausübung ihrer rechtmäßigen Befugnisse, namentlich im Gebrauch der ihnen zustehenden Waffen zu behindern.

Weizen gegen Kaffee.

Ein deutsch-amerikanischer Austauschplan.

Paris, 17. November. (Ill.) Der „Chicago Tribune“ wird heute mitgeteilt, daß Herr Stresemann gestern Herrn Grey Silver, dem Präsidenten des amerikanischen Landwirtschaftsbundes, ein Austauschabkommen in dem Sinne vorgelegt habe, daß Deutschland Kaffee gegen amerikanischen Weizen austauschen würde. Diese Anregung wurde in allen Einzelheiten den amerikanischen Delegierten vom Finanzminister Luther und Ernährungsminister Rauh auseinandergesetzt. Beide Minister hielten einen Austausch von Kaffee und Futtermitteln oder anderen deutschen Produkten gegen amerikanischen Weizen für geboten, doch geben sie zu, daß die hohen deutschen Preise eine Ausführung dieses Planes zunächst verhindern. — Herr Rauh erklärte: „Ich wende mich an die amerikanische Regierung aber an das amerikanische Volk mit der Bitte, Deutschland 10 Millionen Sackel Weizen auf der Stelle gegen langfristige Kredite zu liefern, denn das ist der einzige Weg, einer ungeheuren Hungersnot in Deutschland während des Winters vorzubeugen. Wir haben keine Zeit, um ein verwickeltes Austauschsystem auszuarbeiten, denn uns fehlen 2 Millionen Tonnen Weizen, und Kaffee könnte uns nur ein Viertel von diesem Betrage zur Verfügung stellen. Es ist keine Rede davon, daß wir bar bezahlen, doch wird Deutschland später diese Schuld abzahlen können.“ Die Minister Rauh und Luther werden sich heute mit Herrn Silver, dem Vertreter aus Washington, treffen und alle Einzelheiten des Austauschplanes vereinbaren. Silver erklärte dem deutschen Minister, daß er diesen Plan für sehr zweckmäßig halte, da Deutschland über große Mengen an Kaffee verfüge, an der die amerikanischen Landwirtschaft außerordentlichen Bedarf hätte. Falls ein Schutzabkommen getroffen werden könne, so bestehe eine Möglichkeit, Amerika das Kaffee zu billigem Preise zu liefern.

Plünderungen in Neusalz a. O.

Neusalz a. O., 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die dauernde Erhöhung der Preise für Brot und Fleischwaren und die Weigerung, Papiermark anzunehmen, hatte eine außerordentlich gereizte Stimmung in der Arbeiterschaft ausgelöst, die sich einige ortsfremde Burschen und antisemitische Heher zunutze machten, um gestern abend einen Sturm auf jüdische Fleischereien und einige jüdische Geschäfte der Stadt zu inszenieren. Die Schaufenster der Konfektionshäuser und Schuhwarengeschäfte wurden zertrümmert. Das Kaufhaus Steinberg öffnete selbst seine Türen, um die Spiegelgläser zu retten. Es wurde völlig ausgeräumt. Gegen 10 Uhr traf eine Abteilung Schutzpolizei aus Grünberg ein und wollte den von Menschen dicht bedeckten Marktplatz räumen. Nach einigen blinden R.-S.-Schüssen gaben die Beamten scharfe Schüsse auf die zurückfliehende Menge ab und warfen Handgranaten. Die Folge davon war: zwei Tote, zwei Schwerverwundete und eine Anzahl Leichtverwundete. Leider sind unter den Opfern dieser Schießerei völlig unschuldige Personen. Ob die Beamten, ohne im geringsten bedroht zu sein, ohne weiteres von der Schutzpolizei Gebrauch machen durften, mag an anderer Stelle entschieden werden. Mitglieder des Arbeiter-Samariterbundes leisteten die erste Hilfe und zeigten sich mehr als einmal der Gefahr aus, erschossen zu werden.

Morphologische Kunststücke.

In den unterirdischen Gewässern des Karstgebirges, die in nachtdunklen Höhlen rauschen, lebt ein seltsames Tier: der blinde Grottenolm. Ueber seinem rüdegebildeten Auge liegt eine durchsichtige Muskelschicht, die sich allmählich ausbildet, als Generation auf Generation der einst wohl sehenden Tiere immer wieder im Stockdunkeln lebte. Für die Wissenschaft war die Blindheit des Grottenolms ein ganz besonders loedendes Problem, und einen Zoologen hat es denn auch nicht ruhen lassen, bis er die toten Augen des Olms zu neuem Leben erwecken konnte. Er ließ neugeborene Olme vom Tageslicht bestrahlen und ihre ganze Entwicklung in hellem Licht durchmachen; und wirklich dauerte es gar nicht lange, so wurde die das Auge bedeckende Muskelschicht durchsichtig, die Augen begannen sich zu vergrößern, und eines Tages war die Sichtfähigkeit der Olme so fortgeschritten, daß sie einen Regenwurm wahrzunehmen vermochten. Man hat auch das Gegenstück versucht, nämlich hilfloslebende Tiere zu Dunkelheitsbewohnern umzugestalten, und auch das ist bei einer Tauflegge (Drosophila), allerdings erst in der 10. Generation, gelungen. Die vorher ausgeprägten hellleuchtenden Flügel wurde, im Dunkeln gezüchtet, schließlich ganz unempfindlich gegen einfallende Lichtstrahlen, so daß man durch weitere Zuchtversuche — der Versuch ging bis zur 49. Generation — das Sehbedürfnis der Tiere jedenfalls hätte ganz zurückbilden können. Beim Wasserfloh (Daphnia) zeigten sich noch seltsamere Vorgänge, als man die Tiere in völliger Dunkelheit hielt. Die großen runden Augen der Tiere lösten sich nach und nach in Klümpchen auf, die sich zuerst über die Oberfläche der Tiere verteilten und zuletzt einfach von der Körperhaut aufgelöst wurden.

Es versteht sich von selbst, daß derartige Umwandlungsversuche nur in seltenen Fällen befriedigend ausfallen, denn so ohne weiteres läßt sich die Natur vom Menschen eben doch nicht ins Handwerk pflücken. Gleichwohl sind noch verschiedene andere kühne Versuche gegliedert, so z. B. Umwandlungen von männlichen Tieren in weibliche und umgekehrt, die durch Ueberpflanzung der Geschlechtsdrüsen an Frosche, Ratten und Meeresschweine erzielt wurden.

Nicht alle Versuche sind so kühn wie diese oder wie der, der auf künstlichem Wege aus Ratten und Maus ein neues Lebewesen hervorbringen ließ, das genau halb Ratte und halb Maus war, und es streben natürlich auch nicht alle Versuche so besondere überirdische Veränderungen ein. Farbenveränderungen an gewissen Tieren sind beispielsweise sowohl durch Temperatur, wie durch Belichtungs- oder auch Futterwechsel oft ganz leicht zu bewirken. Farblose Rattenraupen konnte man durch Fütterung mit Anilinfarbstoff schon kirchrot färben. Und die Schmetterlinge, die sich aus den roten Raupen entwickelten, legten daraufhin, sogar rotgefärbte Eier. Schmetterlinge, in niedrigen Temperaturen zur Entwicklung gebracht, werden oft so dunkel gefärbt, daß sie äußerlich gar nicht mehr dem Normaltier gleichen, während der Einfluß starker Wärmegrade ihre Farben besonders leuchtend macht. Ein im tropischen Klima aufgezogener europäischer Pfeffer wird, nachdem er zehn Jahre lang in alter Gewohnheit im Herbst sein Laub geworfen hat, nach zwanzig Jahren zum immergrünen Baum, dessen

ihn Sternheim mit Inbrunst zu veralbern liebt. Und was war er? Ein läppischer, topziger, beinahe schwachsinziger Großpapa, von dem kein Mensch das Wunderbare erwarten kann. Wie soll Herr Pabst aus einem Eindruck seiner Darstellung gewinnen, wenn er die Regie führt. Wenn er das Kunststück fertig gebracht hätte sich zuweilen, so würde er sich selbst und Hermine Sterner, die eine herrliche Kronleuchterin statt einer zielbewußten, lebensbejahenden Freundin spielte, die Rollen wieder abgenommen haben.

Das deutsche Schulwesen in Petersburg. Die in nationaler Hinsicht tolerante Haltung der Sowjetregierung ist den ehemaligen deutschen Kirchenschulen Petersburgs zugute gekommen. Sie haben seit dem Jahre 1918 ihre deutsche Unterrichtssprache, die sie seit Beginn des Krieges mit Deutschland aufgeben mußten, wiedererlangt. Dieser tatsächliche Zustand ist in diesem Jahr von der Unterrichtsverwaltung formell anerkannt worden. Ja noch mehr, die deutschen Schulen sollen die Rolle von Pflanzstätten der deutschen Sprache übernehmen; sie sind verpflichtet, Klassen mit deutscher Unterrichtssprache zu unterhalten und daneben Klassen mit russischer Unterrichtssprache, in welchen dem Deutschen als Fach eine überaus große Stundenzahl zugewiesen ist. Sonst sind diese Schulen in jeder Hinsicht den übrigen, sogenannten Einheitschulen, gleichgestellt und werden nach Staat geistlich hiefen unterhalten.

Der Stand der Kenntnisse und Leistungen im Deutschen ist übrigens seit dem Jahre 1914 stark zurückgegangen, was hauptsächlich durch die Abwanderung der Deutschen aus Petersburg zu erklären ist. Die Zahl der Deutschen beträgt jetzt kaum mehr als den fünften Teil des früheren Bestandes. Dazu kommt, daß ein nicht geringer Teil der hier Verbliebenen die deutsche Muttersprache gelernt oder überhaupt nicht gelernt hat. So kommt es, daß der kleinste Teil der Schüler deutsche Kinder sind; der Zudrang russischer Kinder zu diesen Schulen ist sehr groß.

Von den vier ehemaligen großen deutschen Kirchenschulen, die im Jahre 1914 insgesamt gegen 5000 Schüler und Schülerinnen hatten, bestehen noch drei. Ihre Schülerzahl ist heute nicht viel geringer, allerdings entfällt ein bedeutender Teil auf die russischen Klassen. Die deutsche Sprache steht in den Schulen Russlands unter den Fremdsprachen überhaupt an erster Stelle. Ueberall ist sie verbindlich für alle Schüler der „Einheitschule“. Die anderen Sprachen sind wahlfrei. In den Militärschulen steht es im wesentlichen nicht anders.

Geschäftsbildungen der Woche. Dienstag: Residenz-Theater: „Götter.“ — Dr. Schaubert: „Der Rigeunerball.“ — Kommerzbühne: „Tagezeiten der Liebe.“ — Konrad: „Diebstahl.“ — „Das Gelände.“ — „Ständchen.“ — „Gandia.“ — Volkshaus: „Abrechnung.“ — „Girlandant.“

Urania-Vorträge. Sonntag: Die alte alte Zeit. Montag: Dr. Schaff. Das neue und die alte Welt. Dienstag: Die Welt. Die Welt. Die Welt. Der Weg nach Osten. (6 und 8 1/2 Uhr.) — Arthurheim (10 und 11 1/2 Uhr.) — Vorträge im Hofaal.

Wabane-Vorstellung. Die Operette von Leo Fall, wird von jetzt ab jeden Sonntagmittag 8 Uhr im Komödientheater gebildet. Die Ausstellung der Berliner Gezeiten, Rusfischenbaum 202, ist am Sonntag von 11-2 Uhr geöfnet.

